

## **Islamisten bekommt Regieren nicht**

### ***Wahl in Indonesien könnte islamistische Parteien schwächen – Einbindung in System***

Von Georg Fahrion, Berlin

Die islamistischen Parteien sehen bei den heutigen Wahlen zum indonesischen Parlament kräftigen Verlusten entgegen. Prognosen zufolge könnte ihr Stimmanteil von rund 38 Prozent 2004 auf 15 bis 23 Prozent schrumpfen.

Beobachter erklären den Popularitätsverlust mit einer Entzauberung der Islamisten in der Bevölkerung durch die Regierungsarbeit.

Es sind erst die dritten Parlamentswahlen, seit die Indonesier 1998 den Diktator Suharto aus dem Amt jagten. Das Land hat seitdem einen rasanten Wandel erlebt. Zwar haben die alten Eliten einflussreiche Positionen verteidigt, auch grassiert die Korruption. Das Militär jedoch hält sich inzwischen aus der Politik heraus, die Verwaltung wurde dezentralisiert, die Presse ist frei. „Die demokratischen Institutionen in Indonesien haben sich gefestigt“, urteilt Felix Heiduk von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

Die islamistischen Kräfte in Indonesien allerdings werden vom Westen misstrauisch beäugt. Denn das Land ist mit 171 Millionen registrierten Wählern nicht nur die drittgrößte Demokratie der Welt, es ist der Staat mit der größten muslimischen Bevölkerung.

Im Parlament haben die Islamisten höchst kontroverse Gesetze durchgepaukt, die dem traditionell toleranten Islam Indonesiens eine orthodoxere Interpretation entgegensetzen. Muslimische Sekten dürfen ihren Glauben nicht mehr offen ausüben; für die Herstellung und Verbreitung von Pornografie sieht ein neues Gesetz drastische Strafen vor. Es wurde mit den Stimmen der Demokratischen Partei (PD) von Präsident Susilo Bambang Yudhoyono verabschiedet.

„Die Regierung hat wohl im Hinblick auf die Wahlen Zugeständnisse gemacht“, vermutet Andreas Ufen, Indonesien-Experte beim Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (GIGA). Die Parlamentswahlen sind nämlich nur eine Stufe im Kampf um die Macht: Nur die Parteien oder Allianzen, die 20 Prozent der Sitze oder 25 Prozent der Stimmen erhalten, dürfen einen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im Juli nominieren.

Voraussichtlich wird keine der drei großen nationalistischen Parteien diese Hürde nehmen. Daher sind sie auf Koalitionspartner aus dem Kreis der Islamisten angewiesen. Präsident Yudhoyono liebäugelt mit der islamistischen Partei für Wohlstand und Gerechtigkeit (PKS), die schon jetzt in seiner Regierung sitzt.

Ufen hält die Integration der Islamisten in das indonesische politische System für gelungen. „Eine Mäßigung durch Einbindung sehe ich auf jeden Fall“, sagt er. „Der politische Islam stellt derzeit keine Bedrohung für Indonesiens Demokratie dar.“

In ebendieser Einbindung sieht Heiduk einen Grund für den drohenden Stimmverlust. Als Regierungspartei habe die PKS unpopuläre Maßnahmen wie die Streichung von Benzin-Subventionen mitgetragen. Außerdem werde sie aufgerieben zwischen ihrer orthodox-religiösen Stammwählerschaft und neuen Wählern, denen Sozialreformen wichtig sind. „Diesen Spagat hat sie nicht erfolgreich hinbekommen“, sagt Heiduk.

Als größtes Bollwerk gegen eine durchgreifende Islamisierung der indonesischen Politik betrachtet Heiduk die Haltung der Indonesier. „Die Mehrheit der Bevölkerung hat mit orthodoxen Islamvorstellungen nichts am Hut“, sagt er. „Für eine große radikale Partei fehlt in Indonesien die Basis.“